

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

23. OKTOBER 2019

NR. 146

13. JAHRGANG



Ein herbstlicher Blick auf Wechselburg. Der Ort, als Zschillen gegründet, ist eng mit der Gründung des gleichnamigen Klosters im Jahr 1168 verbunden. Durch einen im Jahr 1543 erfolgten Tausch des Klosters mit seinen Besitzungen gegen Dörfer in der Sächsischen Schweiz, verhandelt zwischen Herzog Moritz von Sachsen und den Herren von Schönburg, kam für Dorf und Kloster der Name Wechselburg auf. Links im Bild die gewaltigen Dachanlagen des leerstehenden und vom weiteren Verfall bedrohten Barockschlosses, rechts die am historischen Marktplatz stehende St.-Otto-Kirche. Nördlich an das Schloss schließt sich die Stiftskirche des Klosters an, eine spätromanische Basilika, eine der am besten erhaltenen romanischen Kirchen östlich der Saale und einer der historischen Glanzpunkte Mittelsachsens.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. ANALYSIERT:

DER AUFBRUCH DES SÄCHSISCHEN LANDES-
VERBANDES NACH DER WAHLNIEDERLAGE

2. BERICHTET:

START DER LINKSFRAKTION IN DIE NEUE
WAHLPERIODE DES KREISTAGES

3. INFORMIERT:

DIE LINKE STARTET EINE
STRATEGIEDEBATTE

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & reisebericht
4/5/6	titelthema 1: aufarbeitung des Wahl debakels im landesverband
6/7	titelthema 2: anträge der linken im kreistag abgeschmettert
8/9	titelthema 3: einladung zur strategiedebatte
10	unsere serie zur politischen bildung: beitrag -50 -: transformation zu einer sozialökologischen (nach)kapitalistischen Gesellschaft?
11	kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
12	termine & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Donnerstag, dem 21. November 2019. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 13. November**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.
Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Marika Tändler-Walenta, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir machen zurzeit bei der LINKEN eine schwere Zeit durch: sowohl, was die Bundespartei, als auch den sächsischen Landesverband und unseren Kreisverband betreffen. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen haben uns ins Mark getroffen. Hinzu kommen die ebenfalls enttäuschenden Ergebnisse der Kommunalwahlen. Jetzt hoffen wir wenigstens auf ein erfolgreiches Abschneiden unserer Partei in Thüringen.

In unserer heutigen Ausgabe konzentrieren wir uns im ersten Titelthema auf die ersten Schritte des „Aufstehens“ im sächsischen Landesverband. Im Mittelpunkt dabei: ein erster Entwurf des Leitantes für den Landesparteitag Mitte November in Dresden, den wir im Wortlaut veröffentlichten. Im Landesvorstand und auf einem „Kleinen Parteitag“ Ende September wurde beschlossen, ihn in den nächsten Tagen intensiv zu diskutieren und den Landesparteitag gemeinsam und solidarisch vorzubereiten, auf welchem auch die Leitungsgremien der sächsischen LINKEN neu gewählt werden. Leider fällt der Redaktionsschluss unserer November-Ausgabe vor den Landesparteitag, so dass wir erst in unserer Anfang Dezember erscheinenden Ausgabe ausführlich darauf eingehen können.

Auch im Bund und im Kreis geht es um „die Schärfung des Profils“ unserer Partei. Wir gehen im Titelthema -3- darauf ein. Die Parteiführung hat zu einer Strategiedebatte aufgerufen, deren Höhepunkt eine Strategiekonferenz am 29. Februar und 1. März kommenden Jahres in Kassel sein wird. Wir veröffentlichen auf Seite -8- die „Einladung zur Strategiedebatte 2020“, unterschrieben von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jörg Schindler und Harald Wolf.

In unserem Kreisverband soll auf dem Parteitag am 23. November in Flöha Bilanz gezogen und vor allem die Frage beantwortet werden: „Wie weiter? In Flöha wird auch ein neuer Kreisvorstand gewählt. Unsere Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta ist bekanntlich in den Landtag gewählt und zunächst für ein Jahr zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bestimmt worden. Im zweiten Titelthema geht es um den Auftakt der Arbeit der Kreistagsfraktion in der neuen Wahlperiode. Der Fraktionschef, gleichzeitig unser neues Redaktionsmitglied Gottfried Jubelt, berichtet darüber, wie die von der Fraktion eingebrachten Anträge von der Mehrheit des Kreistages entweder „abgeschmettert“ oder „okkupiert“ wurden.

Im 50. Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information (ein kleines Jubiläum) schreibt Achim Grunke über die „Transformation zu einer sozialökologischen (nach)kapitalistischen Gesellschaft?“. Der Beitrag schließt sich inhaltlich an den Beitrag im letzten Heft an, der unter dem Thema „Klimawandel und Transformation der Gesellschaft“ stand.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende und interessante Lektüre.

das wahldebakel abhaken und unsere defizite überwinden

von RUTH FRITZSCHE

Zum 01. September 2019 haben wir als Ortsvorstand Freiberg unsere Mitglieder zu einer Wahlparty eingeladen, die uns mit der ersten Prognose von 10,6 % grundsätzlich verhaselt wurde, weil wirklich keiner von uns mit dieser niederschmetternden Meldung gerechnet hat. Am Ende waren es dann 10,4 %. Dieses Ergebnis war für mich und natürlich für uns alle eine schwere Niederlage, die nicht leicht zu verdauen war und ist. Auch ich, die selbst aktiv am Wahlkampf bei 15 Info-Ständen beteiligt war, Gutes, aber auch in vielen Fällen weniger Gutes über uns zu hören bekam, musste mich mit dem Gedanken beschäftigen, was haben wir alle falsch gemacht, dass viele Menschen ihre Stimme nicht mehr den LINKEN geben. Wer trägt die Hauptschuld hierfür? Erste Meinungen zur Schuld des Landesvorstandes, den Machtspielchen im Bundesvorstand zwischen Katja Kipping und Sarah Wagenknecht sowie falsche bzw. viel zu lange Programmatik im Hinblick auf unser Sächsisches Wahlprogramm wurden diskutiert, wovon ich jedoch nicht allein überzeugt war. Inzwischen haben sich viele kluge Menschen mit dieser Problematik beschäftigt und auch zu dem Entschluss gekommen sind, dass es viele Wähler gegeben hat, die taktisch gewählt haben, um die AfD zumindest als stärkste Partei zu verhindern. Das ist jedoch nur die eine Seite der Medaille, aber die wirklichen Ursachen gehen viel tiefer. Damit teile ich auch das, was auf den fünf Regionalkonferenzen in Sachsen als Erkenntnis gewonnen wurde. Wie Genossin Antje Feiks im ND vom 15. Oktober 2019 dazu schreibt, dass die Ursachen nicht in unserem Wahlkampf und auch nicht in den Entwicklungen der vergangenen zwei, drei Jahren zu suchen sind, sondern programmatische und inhaltliche Defizite haben: „Wir sind in manchen Bevölkerungsgruppen nicht mehr gut verankert, wir haben zu manchen Debatten, siehe Klimawandel, keine eigenen Antworten und zu anderen, Stichwort Digitalisierung, gar keine.“ Deswegen müssen wir auch wieder eine „Kümmererpartei“ werden und nicht nur als eine Parlamentspartei wirken. Ich finde es auch vollkommen in Ordnung, dass sich unsere Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Genosse Dietmar Bartsch und Genossin Sahra Wagenknecht klar geäußert haben. Sie sagen: Obwohl unsere sozialpolitische Programmatik für die einfachen unzufriedenen Menschen unseres Landes geschaffen wurde, wofür wir auch gegründet wurden, erreichen wir diese Wähler nicht mehr, weil wir uns politisch und kulturell von ihnen entfernt haben. So können wir nicht weitermachen, sonst verlieren wir auch die nächsten Bundestagswahlen. Ich denke, diese schwere Krise unserer Partei haben ich und die Mehrheit unserer Mitglieder begriffen und wir werden gemeinsam für die nötigen Veränderungen eintreten.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Seit 12 Jahren hat **MICHAEL MATTHES** aktiv im Redaktionskollektiv der LinksWorte mitgewirkt. Er kam 2007 mit einigen wenigen Mitstreitern im Ergebnis der Verschmelzung von WASG und PDS zur LINKEN. Das war auch die Zeit, als die Vorbereitungen für die Zusammenführung der drei ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida zu einem neuen, mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN liefen. Michael hat sich mit vielen interessanten Artikeln in die Redaktionsarbeit eingebracht. In den letzten Jahren konzentrierte er sich auf die immer an dieser Stelle erscheinende Kolumne. Dabei traf er - was innerparteiliche Themen betraf - mit seiner oftmals sehr zugespitzten Kritik nicht immer den Nerv der Mehrzahl unserer Leserinnen und Leser.

Nach dem Erscheinen unserer September-Ausgabe hat er im Ergebnis aktueller Entwicklungen die Reißleine gezogen und mit der folgenden eMail an mich als verantwortlichem Redakteur das Ende seiner Mitarbeit erklärt. Ich danke Michael an dieser Stelle für seine langjährige aktive Redaktionsarbeit. Die „Kolumne“ an dieser Stelle wird weitergeführt.

Hans Weiske

Lieber Hans,

Ich habe die September-Nummer der Linksworte mehrmals „gegen den Strich gebürstet“. Habe mir vorgestellt, wie die Zeitung aussehen wird, wenn neben Sabine Lauterbachs auch noch die Beiträge des Gespanns Jana Pinka - Kerstin Ufer fehlen werden. Politische Botschaften sind in den Kreisverband ohnehin nicht mehr zu vermitteln, wie der Artikel von Reinhard Kluge zeigt. Wenn ich meine Erfahrungen summiere, die ich bei der seinerzeitigen „Vereinigung“ der drei Kreisverbände, beim „Gründungsparteitag“ der LINKEN in der „Räuberschänke“ und darüber hinaus bis heute gemacht habe, so kann ich nur feststellen: Dies ist konträr zur Vorstellung über eine Partei des gesellschaftlichen Fortschritts. Für alle Fragen, die beträchtliche Teile der Bevölkerung zu Wählern der AfD gemacht hat oder sie Nichtwähler bleiben ließ, hätte eine solche Partei unter Anwendung von vorhandenen gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagen Antworten geben können, die sie zur stärksten Partei im Lande Sachsen hätte werden lassen können. Und diese Partei dann als Oppositionsführerin. Dies würde das Land verändern. Lieber Hans, es fällt mir nicht leicht, es sagen zu müssen, weil Dir das Verdienst zukommt, das mit Abstand beste Mitgliederblatt entwickelt zu haben: Unter diesen Umständen muß ich aus dem Redaktionskollektiv ausscheiden.

Es grüßt Dich herzlich
Micha

mahn- und gedenkstätte „konzentrationslager mauthausen“

von HANS WEISKE

Eine meiner inzwischen über 120 mehrtägige Informations- und Foto-Recherchefahrten - mein „Altershobby“, nicht zu verwechseln mit gewöhnlichen Urlaubsreisen - führte mich kürzlich nach Oberösterreich mit seiner Landeshauptstadt Linz. Obwohl meine Fahrten vor allem romanische Bauwerke und historische Städte mit ihren Stadtkernen in Deutschland und seinen Nachbarländern zum Ziel haben, war bei dieser Fahrt der Besuch der österreichischen Mahn- und Gedenkstätte „Konzentrationslager Mauthausen“ der berührende Höhepunkt. **Ein wenig Geschichte:** Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich am 12. März 1938 trat Adolf Hitler von seiner Geburtsstadt Braunau aus eine „Triumphfahrt“ nach Wien an und sprach in Linz erstmals als Reichskanzler auf österreichischem Boden. Erst hier entschloss er sich, den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich sofort und vollständig zu vollziehen. Am folgenden Tag unterzeichnete er in Linz das „Anschlussgesetz“ und übernahm die „Patenschaft“ über die Stadt (Hitler hatte in Linz die Schule besucht und beabsichtigte, hier seinen Ruhestand zu verbringen).

Linz wurde so neben Berlin, München, Hamburg und Nürnberg zu einer der fünf „Führerstädte“. Das beschauliche, direkt an der Donau gelegene Städtchen Mauthausen befindet sich 20 Kilometer östlich von Linz. Hoch über der Stadt und der Donau errichteten die Nazis nach der Annexion das größte deutsche Konzentrationslager auf dem Gebiet Österreichs. Bereits am 22. März 1938, zehn Tage nach dem „Anschluss“, kündigten der Reichsführer SS Himmler und der Gauleiter Eigruber die Einrichtung eines KZ in Oberösterreich für die „Volksverräter von ganz Österreich“ an. Im KZ Mauthausen und seinen Nebenlagern wurden rund 200.000 Menschen aus fast allen Ländern Europas inhaftiert, von denen mehr als 100.000 ums Leben kamen. Am 5. Mai 1945 wurden die Insassen durch US-amerikanische Truppen befreit. Auf dem Gelände des ehemaligen KZ und des benachbarten Steinbruchs, in welchem die Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen schuften mussten, befindet sich seit 1947 eine Mahn- und Gedenkstätte der Republik Österreich, die beeindruckt. Hier gibt es ein Museum, was die Geschichte des KZ aufarbeitet. Beeindruckend für mich war auch der Besucheransturm an einem gewöhnlichen Wochentag.



Bildliche Impressionen vom ehemaligen KZ Mauthausen: Die beiden oberen Bilder zeigen die Einfahrtsgebäude für die Wachmannschaften und das Eingangsgebäude mit Haupttor. Unten aus der Vielzahl der internationalen Mahnmale auf dem Gelände der ehemaligen SS-Unterkünfte das sowjetische, das ungarische und das israelische Mahnmal. Auch die ehemalige DDR ist mit einem denkmalgeschützten Mahnmal vertreten.

In unserer September-Ausgabe haben wir aus der ersten Stellungnahme der Landesvorsitzenden **Antje Feiks** und des Landesgeschäftsführers **Thomas Dudzak** zum Wahldebakel die nächsten Schritte des Landesvorstandes zitiert. Dabei ging es um eine Landesvorstandssitzung am 27. September, um den „Kleinen Parteitag“ am 28. September, um Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung und um die 2. Tagung des 15. Landesparteitages vom 15. bis zum 17. November. Alle diese Termine - natürlich mit Ausnahme des Landesparteitages - sind inzwischen Geschichte. Am 15. September hat sich die Landesvorsitzende Antje Feiks im „neuen deutschland“ unter der Überschrift „Für uns ist es fünf nach zwölf“ zu den Konsequenzen aus dem Wahldebakel geäußert. Dort ging es auch um den „roten Faden“, den der auf dem Landesparteitag zu beschließende Leitantrag bilden soll. Wir veröffentlichen ihn nebenstehend, versehen mit der folgenden Vorbemerkung der Autoren: „Beim vorliegenden Entwurf handelt es sich um eine erste Arbeitsfassung, welche eine Qualifizierung in einer zweiten und möglichen dritten Fassung im Verlauf der Regionalkonferenzen und in Abstimmung mit weiteren AkteurInnen der sächsischen LINKEN finden wird. Entsprechend sind alle GenossInnen dazu aufgerufen, sich an der weiteren Qualifizierung des Antrages zur beteiligen und ihre Unterstützung und den Wunsch nach Miteinreichung zu signalisieren. Zuschriften herzu erfolgen bitte an die Landesgeschäftsstelle oder an lgf@dielinke-sachsen.de“.

Zur **Beratung des Landesvorstandes am 27. September** und des „**Kleinen Parteitages**“ am 28. September schreibt der Landesgeschäftsführer Thomas Dudzak u.a.: „Strukturiert wurden anhand von Leitfragen Ursachen aufgearbeitet. Welche gesellschaftlichen Faktoren spielten eine Rolle? Gab es inhaltliche Schwächen? Wo lagen mögliche strategische Fehler? Die solidarisch geführte Debatte kulminierte in der Beauftragung des Leitantes an den Landesparteitag, welcher unter Federführung von Landesvorsitzender und Landesgeschäftsführer unter Einbeziehung möglichst vieler GenossInnen unterschiedlichster Herkunft und Parteigeschichte erarbeitet werden soll, um die Pluralität der Partei zum Ausdruck kommen zu lassen. ... Die Beratung aus Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand, die sich tags darauf traf, begrüßte einmütig die Bemühungen um eine gemeinsame und solidarische Vorbereitung des Landesparteitages. Die Beratung forderte die AkteurInnen der unterschiedlichen Gruppen im Landesverband auf, sich mit ihren Politikansätzen in die Erarbeitung eines inhaltlichen und personellen Vorschlags für den Parteitag einzubringen.“



Eine der fünf Regionalkonferenzen zur Auswertung der Landtagswahlen fand am 1. Oktober in Chemnitz statt. Nach einleitenden Gedanken des Landesgeschäftsführers Thomas Dudzak gab es ein „Impulsreferat“ und danach eine ausgiebige Debatte unter dem Motto „Wie weiter?“, in der sich auch die Landesvorsitzende Antje Feiks und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Rico Gebhardt, beteiligten. Antje Feiks sprach von einer existenziellen Krise der Partei und der Bedeutung des bevorstehenden Landesparteitages, um erste Schritte nach vorn zu machen. Ihr Fazit: „Wir müssen jetzt solange streiten, bis wir wissen was wir wollen.“

Zu unserem Bild: Katrin Pritscha, Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsstelle, hatte alle Hände voll zu tun, um die Ergebnisse der Debatte an vier Pinnwänden zusammenzufassen. Die Fragen (von vorn nach hinten): Was ist jetzt zu tun? Was haben wir selbst versemelt? Waren unsere Inhalte die richtigen? Was haben wir richtig gemacht? Offensichtlich nahm die Zahl der Kärtchen nach hinten immer mehr ab.

Leitantrag an den Landesparteitag

(erster Entwurf)

Veränderung beginnt mit Haltung: Für eine klare Sprache und Lust am Widerstand!

Zur zukünftigen Aufstellung der sächsischen LINKEN nach der Landtagswahl 2019

Die Landtagswahl 2019, bei der wir nur noch 10.4 Prozent der gültigen Listenstimmen erhielten und von etwas weniger als 7 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt worden sind, reiht sich in eine Serie von Wahlniederlagen in Sachsen, in den ostdeutschen Flächenländern und teilweise auch im Bund ein. Wenige Monate zuvor haben wir bei den Kommunalwahlen einen erheblichen Anteil unserer kommunalen Mandate verloren. Schon bei der Bundestagswahl hat sich die Zahl unserer Abgeordneten von 8 auf nunmehr 6 reduziert.

Grundsätzlich haben Wahlergebnisse wie auch individuelle Wahlentscheidungen verschiedene Ursachen, die wir teilweise vor Ort angehen können, oder die auf anderer Ebene unserer Partei unter unserer solidarischen Mitwirkung angepackt werden müssen. Klar ist jedoch: ein Weiter-so kann es für die sächsische LINKE, wie auch für die Gesamtpartei nicht geben.

Neben dem geschmälernten Sitzanteil im sächsischen Landtag und einer Ausweitung des sächsischen Parteiensystems, die uns beide vermehrt um Aufmerksamkeit kämpfen lassen werden, stehen wir vor großen organisationspolitischen Herausforderungen. Schwindende Ressourcen und eine seit längerem zu beobachtende Auseinanderentwicklung weniger mitgliederstarker „Hotspots“ auf der einen und dem Wegbrechen von aktiven Parteistrukturen in weiten Teilen des Landes auf der anderen Seite machen dies zu einer Mammutaufgabe. Wir haben verstanden: in den vergangenen Wahlauseinandersetzungen hat DIE LINKE viel zu oft einen Funktionsverlust erlebt und konnte nicht hinreichend dieser Entwicklung gegensteuern. Aus dieser Krise wollen wir deshalb gestärkt hervorgehen. Die Neuaufstellung der sächsischen LINKEN beginnt jetzt!

DIE LINKE wird gebraucht

Wir sind uns sicher: DIE LINKE wird weiter gebraucht und füllt einen notwendigen Platz im bundesweiten und sächsischen Parteiensystem aus. Der Kapitalismus produziert und manifestiert nicht nur in Deutschland nach wie vor Ungleichheit und Armut. Wie in einem Brennglas werden diese systembedingten Ungleichheiten dank vereinigungsbedingter Brüche, jahrzehntelanger Niedriglohnstrategie der CDU-geführten Staatsregierung und dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme gerade in Sachsen manifest. Für uns ist der Kapitalismus ist ein permanenter Angriff auf Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und friedliches Zusammenleben. Die kapitalistische Landnahme geht dabei nicht nur in der analogen Welt weiter: Wo einst „nur“ immer weitere Naturräume und Lebenszeit unter das Regime kapitalistischer Produktionsweise gestellt worden sind, die Logik des Profits auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen organisierten Zusammenlebens ausgeweitet worden ist, fressen sich nunmehr einige wenige Tech-Giganten bis in die Gedankenwelt und die persönlichsten Lebensbereiche vor. Bei Fortschreiten dieser Entwicklung werden die Gedanken zukünftig nicht mehr frei, sondern gleichsam Privatbesetz von Facebook, Google, Amazon & Co sein.

Dabei könnte technischer Fortschritt für unsere Demokratie, unsere Gesundheitsversorgung, unsere Fortbewegung und die Produktion notwendiger Gebrauchsgüter von großem Wert sein. Doch der konkrete Nutzen eines Produktes hängt von Produktionsbedingungen und Einsatzzweck ab. Für DIE LINKE muss es darum gehen, Infrastruktur und technische Innovationen den Fängen der Profitlogik zu entziehen und in den Dienst der Menschen zu stellen. Den gesellschaftlichen und technischen Fortschritt aktiv zu gestalten heißt für uns, ihn nicht dem Markt zu überlassen.

Materielle Veränderungsprojekte: Miteinander statt Gegeneinander

nach dem wahldebakel vom 1. september

Unsere Wählerinnen und Wähler sind verschieden – und waren es schon immer. Das trifft ebenso auf unsere Mitgliedschaft zu, die unterschiedlichen Generationen, Berufen und auch politischen Traditionslinien entstammt. Die einen engagieren sich im Kleingartenverein, andere in der Gewerkschaft oder antifaschistischen Basisinitiativen – manche besonders Umtriebige auch in den drei genannten gleichzeitig. Alle diese Formen des Engagements haben nicht nur ihre Berechtigung, sie sind für eine Verbindung unserer Partei in andere Teile der Gesellschaft und zur Verbreitung unserer Positionen notwendig. Diese Vielfalt des Engagements ist keine Schwäche, sondern eine Stärke so, wie es keine Schwäche ist, statt nur einer kleinen Zielgruppe Menschen in verschiedenen Lebensphasen und mit verschiedenen Lebenswirklichkeiten anzusprechen.

Gleichzeitig muss es uns jedoch gelingen, das gemeinsame, einigende Band all dieser Menschen zu betonen, statt uns in der Verschiedenheit zu verlieren oder gar selbst eine Trennung herbeizureden. Wer einstmals Arbeiter- und Bauernpartei war tat gut daran, Arbeiter und Bauern nicht gegeneinander in Stellung zu bringen. Wer Arbeiter- und Soldatenrat war tat gut daran, das gemeinsame Ziel der Abschüttelung des Jochs der Monarchie, der Generäle und Großkapitals in den Vordergrund zu stellen. Wer, wie wir, eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft im Sinne aller der derzeit von ihrer Arbeit lebenden, Arbeitslosen oder Leistungsempfängerinnen und -Empfänger vertreten will, tut gut daran, nicht dabei stehen zu bleiben, die Gesellschaft in „Lifestyles“ und „bestimmte Milieus“, in Handwerkerinnen und Akademiker, in Landeier und Großstadtheinis, in linksradikale Kleingärtner und spießige Revolutionsromantiker aufzugliedern. So wie der Krieg den Hass und damit sich selbst reproduziert, reproduziert der neoliberale Kapitalismus das Gegeneinander und die Logik, die er für seine permanente Rechtfertigung benötigt. Auf diese Logik dürfen und wollen wir uns folglich nicht einlassen, obwohl wir sie, wenn wir sie überwinden wollen, auch nicht ignorieren dürfen. Ein nach unten treten wird es mit uns ebenso wenig geben, wie ein nach oben Buckeln.

Allerdings stehen wir vor dem Problem, dass nicht unwesentliche Teil der von uns vertretenen Wählerinnen- und Wählergruppe – zumal in Ostdeutschland – sehr wechselbereit ist. Im Zuge der Proteste gegen die Agenda 2010 und Hartz IV ist es uns in einem nie gekannten Ausmaß gelungen, diese Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Allerdings fungierten wir für diese als Ausdrucksform des Protestes gegen eben jene sozialen Einschnitte – nicht unbedingt immer als programmatische Heimat. Es muss uns wieder gelingen, auch für diese Gruppen als Ausdrucksform des Protestes gegen unnötige soziale Zumutungen in diesem reichen Land zu fungieren. Grundbedingung dafür ist, dass wir selbst diejenige Kraft sind, die die sozialen Missstände konkret benennt und tagtäglich auf die Agenda setzt.

Wir, DIE LINKE, müssen konkret greifbar machen, dass soziale, antikapitalistische Politik sich durch alle Lebensbereiche und Politikfelder zieht. Wir müssen Menschen davon überzeugen, dass linke Politik strukturell anders ist als die Politik der etablierten politischen Kräfte: Sie behandelt nicht Symptome, sondern die Krankheit. Weil sie an die Wurzel der Probleme geht, kann sie überzeugende Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit geben. Das gilt auch für Themenbereiche, mit denen DIE LINKE in der öffentlichen Wahrnehmung bisher noch nicht so stark verbunden ist, beispielsweise die ökologische Frage. Über der notwendigen thematischen Breite darf DIE LINKE jedoch nicht ihre Kernthemen aus dem Blick verlieren. Die Gründungsgeschichte der LINKEN ist untrennbar mit der sozialen Frage verknüpft. Arbeit und Soziales, aber auch die Friedenspolitik machen nicht nur unsere Identität als Partei aus, sondern sind zugleich auch die Politikfelder, in denen uns in höchstem Maße Glaubhaftigkeit und Lösungskompetenz zugeschrieben werden. Zugleich rührt der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit an die Grundfrage, wie wir wirtschaften und zusammenleben wollen. Arbeit, Soziales und Frieden müssen daher auch weiterhin im Zentrum unserer Politik und unserer Außenkommunikation stehen.

Um als Opposition sichtbarer zu werden und Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, brauchen wir Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit lebt von Konsequenz, und zwar auf allen Ebenen: im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Wir dürfen nicht zugunsten kurzfristiger, punktueller oder taktischer Erfolge unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. Bei Wahlen wieder stärker zu werden wird uns nur gelingen, wenn wir als konsequente Opposition wahrgenommen werden, die zu dem steht, was sie verspricht. Das gilt ganz besonders für unsere Kernthemen. Konsequenz ist aber nicht nur eine zentrale

Voraussetzung für Wahlerfolge, sondern auch dafür, dass wir unseren Anspruch einlösen können, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem langfristig grundlegend zu verändern. Daran sollten wir unseren politischen Erfolg messen.

Wir streben grundlegende und spürbare Veränderungen in dieser Gesellschaft an, die der Mehrheit der Menschen nutzt und über den Kapitalismus hinausweisen. Weder eine gerechte Verteilung des Reichtums noch die Rettung unseres Planeten, weder informationelle Selbstbestimmung noch eine Gesundheitsversorgung, die die Gesundheit in den Mittelpunkt stellt, weder ein demokratischer Aufbruch noch eine friedliche Welt sind mit dem Kapitalismus kompatibel. Deshalb sind wir demokratische Sozialistinnen und Sozialisten.

Organisationspolitische Herausforderungen Eine demokratische und solidarische Debattenkultur

Natürlich gehört der demokratische Meinungsstreit gerade in einer linken Partei zur notwendigen Positionsbestimmung und bereichert nicht selten den eigenen Horizont. Wir müssen uns allerdings selbstkritisch fragen, wie viel Zeit und Kraft unseres Engagements statt für gemeinsame Kämpfe für Debatten und Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Struktur eingesetzt wird und ob diese beiden Facetten noch in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Wir wollen auch weiterhin leidenschaftlich über die inhaltlich-programmatische Ausrichtung unserer Partei – auf Landes- wie auf Bundesebene – diskutieren. Dazu gehören auch Entscheidungen über künftige Amts- und Mandatsträger*innen. Den eingeschlagenen Weg, die direkten und verbindlichen Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten in solchen Fragen auszubauen, wollen wir festigen. Wir alle sind dafür verantwortlich, dass Debatten unserer Partei in einem für alle nutzbringenden und für niemanden schädlichen Rahmen geführt werden. Dazu gehört auch, dass entscheidend sein sollte, was gesagt wird und nicht, wer etwas sagt. Antragsdebatten sollten weniger ritualisierten Abläufen und symbolischen Abstimmungen über Schlagworte folgen, sondern der Diskussion konkreter Vorschläge, Projekte und Alternativen dienen. Dabei muss uns allen – auch bei Wahlen – klar sein: Mehrere Kandidaturen sind kein Kampf und eine verlorene Abstimmung gehört zur Demokratie, sollte aber weder mit Hämme verbunden sein noch den jeweils Unterliegenden nachgetragen werden.

Konkret wollen wir:

- Das Instrument des Mitgliederentscheides zur Einbindung der gesamten Mitgliedschaft bei Abstimmungen und Wahlen verstärkt nutzen.
- Auf Bundesebene mit dazu beitragen, dass Mitgliederentscheide endlich online möglich sein.
- Gemeinsam darauf achten, dass die Debatten- und Streitkultur in unserem Landesverband sich derart gestaltet, dass sie zur Beteiligung motiviert und auch verlorene Abstimmungen kein Kainsmal bei den Unterlegenen hinterlassen.

Mehr nach außen als nach Innen

In unserem Landesverband engagieren sich zahlreiche Genossinnen und Genossen in der Mitgliederbetreuung, publizieren Texte, schreiben Beiträge für Blogs oder die Landes- oder Regionalzeitung, stellen Beiträge auf Websites und den sozialen Netzwerken ein. Zeitgleich kommunizieren wir alle viel untereinander. Ungezählte Mails, SMS und Messengernachrichten kommen in der Woche zusammen. Das alles benötigt Zeit und teilweise technische Fertigkeiten. Vieles davon ist unverzichtbar, an anderen Stellen müssen wir jedoch überlegen, ob nicht teilweise eine stärkere Verschiebung des Augenmerks auf die Kommunikation „nach Außen“ wichtiger wäre.

Zunehmend werden wir zudem als die einzig demokratische doch gleichzeitig kleinste Oppositionspartei im sächsischen Parteiensystem mit unseren Inhalten durchdringen können. Dazu gehört auch, gegebenenfalls häufiger als vorher mit auffallenden, einprägsamen und provokanten Aktionen die Aufmerksamkeit auf gravierende Missstände und unsere Lösungsvorschläge richten können.

Konkret wollen wir:

- Konkrete Schritte unternehmen, um zu prüfen, wie bisheriger Aufwand für Printpublikationen gegebenenfalls besser in eine professionel-

len, digitalen Netzauftritt über die Website des Landesverbandes hinaus eingesetzt werden kann.

- Die Messengerkommunikation im Landesverband stärken und strukturieren.
- Verstärkt das künstlerische und kreative Potenzial in unserer Partei aber auch im zivilgesellschaftlichen Umfeld aktivieren, um unkonventionell und mit einer „Ästhetik des Widerstandes“ im öffentlichen Raum zu wirken.

Eine „einfache“ Sprache als Normalzustand

Auf vielen Ebenen gehört es mittlerweile zum Standard, dass wir (Kurzwahl-) Programme in einfacher oder leichter Sprache veröffentlichen. Dabei ist unsere „normale“ Sprache selbst oft schwierig und nicht selten unverständlich geworden. Gewiss nicht mit böser Absicht oder Arroganz, doch bei vielen ist der etablierte Politikbetrieb auch an der Sprache nicht spurlos vorübergegangen oder haben – durchaus interessante – akademische Diskurse und eine entsprechende Ausbildung dazu geführt, dass Begriffe Eingang in die eigene Alltagssprache gefunden haben, die abseits eher kleiner Personenkreise eher zu Distanz und Fremdheit führt. Die Stärke der politischen Linken war es jedoch auch immer, ihre – auch teils neuartigen – Anliegen in einer für alle zugänglichen Sprache zu formulieren, die an den Alltagsverstand andocken kann.

Konkret wollen wir:

- Gemeinsam darauf achten, in unseren Publikationen und Redebeiträgen eine Sprache zu verwenden, die unabhängig von Alter und Bildungsweg verstanden werden kann.
- Eine Handreichung entwickeln, die für Amts- und Mandatsträger*innen Vorschläge unterbreitet, wie eine solche Sprache aussehen kann.

Aus dem Wahlkampf lernen

Der Wahlkampf ist bei uns nach wie vor auf wenige Wochen vor dem Wahltermin begrenzt. Das wird bei vielen Aspekten, wie beispielsweise mobilen Großflächen, allein aus organisatorischen und finanziellen Gründen auch so bleiben müssen. Gleichzeitig setzen wir in Wahlkämpfen auf Mittel und Methoden, die auch außerhalb der „echten“ Wahlkampfphasen durchaus gewinnbringend eingesetzt werden können und sollten. In einigen Fällen sind die Phasen zwischen den Wahlen möglicherweise sogar besser geeignet, um eigene Punkte zu setzen. Auch was unsere interne Kommunikation und die Unterstützung der Genossinnen und Genossen vor Ort angeht, sollten wir gute Ansätze aus dem Wahlkampf auch über diesen hinaus verwenden.

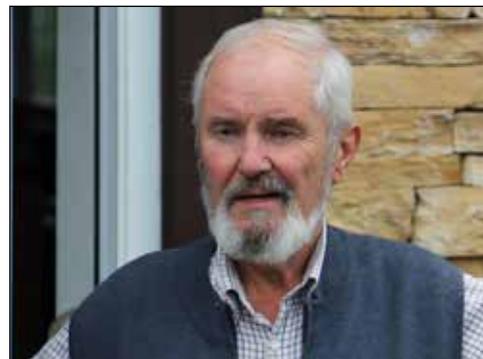
Konkret wollen wir:

- Zentrale Punkte unseres Programms und aktueller Vorschläge für alle Genossinnen und Genossen einfach zusammenfassen und erklären, so dass es allen leichter fällt, unsere Positionen nach außen zu tragen.
- Überlegen, ob und wie wir thematische landesweite Touren auch in nicht Wahlkampfzeiten anbieten und durchführen können, um Präsenz vor Ort und eine eigene Themensetzung zu stärken.

Einen neuen Aufbruch wagen

Die großen Herausforderungen in Folge der Wahlniederlagen werden die sächsische LINKE nicht brechen, das ist unser Versprechen. In Zeiten wie diesen lassen wir uns nicht klein machen oder auseinanderdividieren. Es ist die Zeit des Unterhakens gekommen, gemeinsam werden wir die kommenden Jahre gestalten: stets kritisch-reflektierend und im konstruktiv-strittigen Diskurs nach innen, geeint und solidarisch nach außen. Wir werden uns, gemeinsam mit unseren Abgeordneten auf der kommunalen, Landes- und Bundesebene wie auch im Europaparlament, neu aufstellen: inhaltlich, in der Form und personell. Wir werden Kräfte bündeln und zusammenführen. Wir stehen zusammen. Für eine starke LINKE als die soziale Kraft der Veränderung in Sachsen, in Deutschland und in Europa!

Wir haben - beginnend mit unserer Juni-Ausgabe - über die Auswirkungen der Kreistagswahlen vom 26. Mai berichtet. Bekanntlich ist die Fraktionsstärke der Linksfraktion im mittelsächsischen Kreistag von 16 auf 11 Kreisräte zurückgegangen. Die Fraktion hat sich konstituiert, aber vieles hat sich verändert, leider nicht zum Positiven. Sabine Lauterbach, die als Kreisrätin und Fraktionsgeschäftsführerin in den LinksWorten Monat für Monat aus dem Kreistag berichtet hat, wurde nicht wieder gewählt und ist leider aus unserem Redaktionskollektiv ausgeschieden. Wir wollen aber auch in der begonnenen Legislatur in den LinksWorten aus dem Kreistag berichten. Unser Fraktionsvorsitzender Gottfried Jubelt hat sich bereit erklärt, in unser Redaktionskollektiv einzutreten. Er wird künftig selbst berichten bzw. das über die weiteren zehn Fraktionsmitglieder organisieren. Im folgenden berichtet Gottfried Jubelt von den Initiativen der Linksfraktion in Vorbereitung des Kreistages vom 9. Oktober und wie diese - traditionsgemäß - von der Mehrheit des Kreistages abgeschmettert bzw. „okkupiert“ wurden.



von **GOTTFRIED JUBELT**
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag

„Landrat kritisiert Linke“

Das war die Überschrift in der FP am 10.10. zum Kreistag am 9. Oktober 019. Los ging es damit, das unangekündigt auf jedem Platz der Mitglieder des Kreistages das schriftliche Urteil mit Begründung des OVG Bautzen zur **Normenkontrollklage unserer Fraktion aus dem Jahr 2017** auslag, ein äußerst cleverer Schachzug der Verwaltung!

Bereits im TOP "Informationen des Landrates" hat dieser die Gelegenheit genutzt, um allen im Saal seine Interpretation dieses Urteils vorzutragen. Schlussendlich bleibt es also dabei, dass die aktuelle Geschäftsordnung, in der festgelegt ist, dass alle Sitzungsunterlagen der Geheimhaltung unterliegen, vom OVG bestätigt wurde. Begründet wurde das damit, das alle Sitzungsunterlagen interne Papiere der Verwaltung sind.

Meiner Interpretation, das damit auch Beschlussanträge von Fraktionen, die auf der Tagesordnung stehen, sofort zum internen Papier der Verwaltung werden und damit geheim zu halten sind, wurde weder vom Landrat noch von den anderen Fraktionen widersprochen, Einen kleinen Lichtblick gab es dennoch. Den Kreisrätinnen und Kreisräten ist es erlaubt, mit den Bürgern über Sitzungsunterlagen zu sprechen.

Unser Fraktionsmitglied Achim Grunke hat dazu angefragt, wie es gesehen würde, wenn er in einer Bürgerversammlung so eine Beschlussvorlage wörtlich verlesen würde? Hier würde der Landrat (als gelernter Anwalt) sofort einen strafwürdigen Umgehungstatbestand erkennen! Die Kritik des Landrates bezog sich eigentlich nur auf den Begriff „Maulkorberlass“. Er wünscht sich, das zum normalen Sprachgebrauch zurück gekehrt wird. Mal sehen, wie wir damit umgehen und was uns dazu einfällt.

Obwohl ich in der Diskussion darauf hingewiesen habe, das trotzdem Städte und Gemeinden, ja sogar unser Partnerkreis Calw in Baden - Württemberg fast alle Sitzungsunterlagen des Kreistages vorab im Internet veröffentlicht; obwohl ich weiterhin darauf hingewiesen habe, das kein anderer Kreistag des Freistaates Sachsen solch einen verschärften Geheimhaltungspassus in der Geschäftsordnung stehen hat, obwohl ich schließlich darauf hingewiesen habe, das sich der Deutsche Landkreistag bereits 2016 für eine umfassende Veröffentlichung von Sitzungsunterlagen ausgesprochen hat, um so den

kreistag - von der ersten sitzung der neuen wahlperiode und den anträgen der linksfraktion

interessierten Bürger in die Lage zu versetzen, den Beratungen nicht nur beizuwohnen, sondern auch folgen zu können, hat das die vorgefasste und feststehende Meinung der anderen Fraktionen nicht ins Wanken gebracht. Einzig die SPD hat mit für unseren Beschlussantrag gestimmt. Die AfD-Fraktion, die sich immer wieder und immer mehr als Repräsentant und Vertreter der Bürger und der Demokratie aufspielt, hat bei der Abstimmung zu unserem Antrag die Maske fallen lassen und mit der CDU - Fraktion geschlossen gegen den Antrag gestimmt, genauso wie die FDP, die Grünen und die Freien Wähler. Interessant ist, dass alle, die dagegen stimmten, vor der Kommunalwahl am 26. Mai mehr Bürgernähe, Mitbestimmung der Bürger und Transparenz versprochen haben.

Hier wird deutlich, was solche Wahlversprechen wert sind. Für den Moment haben wir hier verloren, aber unsere Fraktion bleibt am Thema dran.

Ursprünglich war die **Forderung nach jährlich fünf Sitzungen des Kreistages** auch wesentlicher Bestandteil unseres Antrages.

Den inhaltlich gleichen Antrag hat auch die CDU-Fraktion eingereicht, allerdings fast 14 Tage nach uns. Bisher galt immer die Regel, dass Anträge in der Reihenfolge des Eingangs in der Verwaltung auf die Tagesordnung kommen.

Das hätte aber dazu geführt, dass die CDU und ihre Mitläufer unserem Antrag hätten zustimmen müssen. Um das zu vermeiden, hat die Verwaltung einfach die Regel übersehen und uns den CDU - Antrag vor die Nase gesetzt.

Unter diesen Umständen, auf die ich in meinem Diskussionsbeitrag hingewiesen habe, mussten wir diesmal dem Antrag der CDU zustimmen.

Gegenstand unseres zweiten Antrages war die Änderung der Hauptsatzung, um einen **Ausschuss für Soziales, Kultur und Bildung als weiteren beschließenden Ausschuss** einzurichten.

Durch die Aufgliederung der Zuständigkeiten auf drei beschließende Ausschüsse (ohne Jugendhilfeausschuss) sollte eine weitere Spezialisierung und damit eine noch sachgerechtere Vorberatung sowie Beschlussfassung der Angelegenheiten ermöglicht und die Arbeit auf breitere Schultern verteilt werden. Zudem würden so mehr Kreisrätinnen/Kreisräte in eine intensivere Ausschussarbeit einbezogen. Allein aus unserer 11-köpfigen Fraktion sind vier Mitglieder nicht Mitglied in so einem Ausschuss. Insgesamt sind von den 98 Abgeordneten gerade mal die Hälfte Mitglied in diesen Ausschüssen.

Unser Kommunalrechtsexperte Achim Grunke hat dazu die Ausschüsse der anderen sächsischen Kreistage analysiert. Im Ergebnis musste feststellen, dass alle anderen Kreistage mit mindestens drei beschließenden Ausschüssen arbeiten. In Mittelsachsen haben wir also ein „Alleinstellungsmerkmal“, das aber kein Ruhmesblatt ist.

Wir haben den Antrag nicht deshalb gestellt, weil die anderen das haben. Wir haben den Antrag gestellt, weil mit einem dritten beschließenden Ausschuss die Arbeit des Kreistages und seiner Gremien nachhaltig weiter qualifiziert werden kann. In unserem Antrag ist klar herausgearbeitet, welche Aufgaben diesem Ausschuss zugeteilt werden sollten und was sich dafür bei den Zuständigkeiten

des Verwaltungs- und Finanzausschusses bzw. des Ausschusses für Umwelt und Technik ändern sollte.

Dabei sollte der neue Ausschuss eine ganze Reihe von Aufgaben erhalten, die bis jetzt keinem der bestehenden Ausschüsse zugeordnet waren, deren Wahrnehmung durch einen Ausschuss aber unbedingt erforderlich ist wie z.B.:

- Entwicklung der Altenhilfe-, Behinderten- und Psychiatrieplanung
- Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis
- Unterbringung und Integration der Asylsuchenden bzw. Migranten (Der dafür 2015 gebildete Ausschuss ist bereits Ende 2017 sang- u. klanglos eingeschlafen.)
- Förderung der Freien Wohlfahrtspflege in Zusammenarbeit mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände.



Die Montanregion Erzgebirge ist UNESCO-Weltkulturerbe. Die Montanlandschaft Freiberg ist neben 5 tschechischen Bestandteilen einer der 17 sächsischen Bestandteile. Herzstück ist das ehemalige Silberbergwerk „Reiche Zeche“.

Die zum Antrag vorliegende Stellungnahme der Verwaltung schließt mit der Feststellung:

"Der Antrag ist aus Sicht der Landkreis-Verwaltung sowohl aus formalen als auch aus materiellen Gründen abzulehnen."

Die Verwaltung sieht also **keinen einzigen inhaltlichen Grund, die Bildung eines dritten beschließenden Ausschusses abzulehnen.**

Der **formale Grund** besteht einzig darin, dass zur Änderung der Hauptsatzung

ein einfacher Beschluss nicht ausreicht. Dazu muss eine förmliche Änderungssatzung beschlossen werden.

Der **materielle Grund** ist eher finanzieller Natur. Der Hintergrund hängt im Landratsamt als Spruch an der Wand:

„ Wer will, findet Wege - wer nicht will, findet Ausreden“.

Am Ende war es wieder so, dass eine Mehrheit der Kreisräte einen weiteren Ausschuss nicht für notwendig hielt. Die AfD beklagte die notwendigen zusätzlichen Mittel und die anderen Fraktionen lehnten sich zurück.

Bei der Abstimmung war auch hier ein fester Schulterschluss der Fraktionen AfD und CDU erschreckend deutlich und unübersehbar. Insgesamt haben 12 Kreisräte für den Antrag gestimmt, 62 waren dagegen und 6 haben sich enthalten.

Interessant war auch die von unserem Kreisrat David Rausch im Vorfeld angekündigte Verteilung von „Antifa - Buttons“ an Kreisräte und Besucher. In diesem Zusammenhang hat Landrat Damm im Eröffnungsprozedere aus einem Schreiben des Schuldirektors zitiert und explizit auf das Verbot von Werbung jeder Art im gesamten Schulgelände verwiesen. Nach dieser Lesart fallen also auch Buttons, Flyer u.ä. unter das Werbeverbot. David Rausch ist dem gefolgt und hat die Buttons auf der Straße vor dem Schulgelände verteilt.

Zumindest in der Presse ist die Aktion sehr gut angekommen.

einladung des parteivorstandes zur strategiedebatte 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten euch einladen, mit uns über künftige Herausforderungen und die Strategie unserer Partei zu diskutieren. Bitte bringt Eure Überlegungen zu Papier und schickt Sie uns. Gemeinsam mit euch wollen wir sie auf einer Strategiekonferenz diskutieren. Die Wahlergebnisse bei den Europawahlen, in Sachsen und Brandenburg waren schmerzhaft. In Bremen konnten wir Zugewinne realisieren, in Thüringen machen uns die Umfragen Hoffnungen auf einen Wahlerfolg. Bei den Kommunalwahlen überwogen bei wenigen Ausnahmen starke Einbrüche. Diese Ergebnisse und Tendenzen beschäftigen viele Mitglieder unserer Partei. Wir müssen Schlüsse daraus ziehen und uns verständigen, was zu tun ist. Wir sollten uns also versammeln: aus Stadt und Land, aus Ost wie West, aus der Basis wie aus den Kommunen und Parlamenten - wir, DIE LINKE.

Linkssein heißt immer über den eigenen Tellerrand zu gucken: Was die Gesellschaft bewegt, was sie verändert und wie wir als Linke eingreifen können. DIE LINKE wächst im Westen, schrumpft aber im Osten. In bundesweiten Umfragen haben wir verloren oder stagnieren. Andere Parteien werden stärker, manche explodieren förmlich nach oben oder werden dramatisch schwächer. Die Zeit der alten klassischen Volksparteien ist vorbei. Wir müssen unsere Rolle neu bestimmen. Die jüngsten Klimastreiks brachten das katastrophale Versagen der Großen Koalition auch für den Klimaschutz auf den Tisch. Die kommenden Bundestagswahlen werden ein Volksentscheid über die Zukunft unseres Landes sein mit einer entsprechenden politischen Polarisierung. Wir müssen also unsere Funktion und unseren Gebrauchswert klar benennen. Darüber und über noch viel mehr müssen wir reden.

Vor diesem Hintergrund müssen wir unser Profil schärfen: Bei Einführung der „Agenda 2010“ und mit der Wirtschaftskrise ab 2008 formierten wir uns als Partei der linken Alternative zur herrschenden Alternativlosigkeit des Neoliberalismus. Wir waren und sind auch die Partei, die für Ostinteressen und für ein verlässliches Nein zum Krieg steht. Wir waren und sind der Stachel, der Armut, Ausbeutung und Ausgrenzung immer wieder zum Thema macht. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit mit jenen und für all jene, die tagtäglich vom Kapitalismus untergebuttert werden, ist das Wesen unserer sozialistischen Partei. Es ist völlig richtig, dass Klimakrise und ökologischer Umbau zentrale gesellschaftliche Fragen von sozialer Gerechtigkeit sind. Es ist aber noch längst nicht für alle selbstverständlich, dass die Klimafrage wie auch die Friedensfrage eben auch Gerechtigkeits- und Klassenfragen sind.

Die Gesellschaft ist aufgewühlt und neue Klüfte haben sich aufgetan. Hetze durchzieht unser Land, der Rechtsruck polarisiert. Mehr denn je beschäftigt die Menschen ihre persönliche Zukunft: die Änderungen in der Arbeitswelt, die Digitalisierung und die Form des Arbeitens, die Klimafrage und der damit einhergehende Strukturwandel, die Herausforderung der weltweiten Migrationsbewegung. Uns treiben die sozialen Fragen um, wie wir wohnen und wie eine gute Bildung für alle möglich ist. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ausgehungert, spürbar unter anderem in der Pflege und Gesundheitsversorgung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Nicht zuletzt ist offensichtlich: Viele grundlegende Fragen lassen sich nur noch international und kooperativ lösen. Wir spüren die Auswirkungen der Kämpfe alter und neuer globaler Akteure um die Neuordnung internationaler Einflussphären.

Wir fragen euch:

- Wie beschreibt ihr den aktuellen gesellschaftlichen Umbruch und wie seht ihr hierbei unsere Rolle als Partei?
- Wie können wir die Gesellschaft verändern? Wie ist eure Vision, mit der ihr Menschen anspricht?
- Wie setzen wir Veränderungen durch? Und können wir das – mehr oder weniger – mit einer Stimme tun?
- Wie sieht heute eine realistische und an die Wurzel der Probleme gehende linke Politik für Klimagerechtigkeit und anderes Wirtschaften, für Frieden und globale Solidarität aus?
- Wie können wir der Verfestigung der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung und dem Erstarken der extremen Rechten entgegenwirken?

Die gesellschaftlichen Umbrüche haben auch Umbrüche in der politischen Öffentlichkeit

und der Parteienlandschaft zur Folge. Die Aufgabe der Linken war es und sollte es wieder stärker sein, Verbindungen zu stiften und Brücken zu bauen. Wir müssen als LINKE immer für alle jene da sein, die gerne überhört werden. Wir müssen soziale wie kulturelle Spaltungen überwinden – ob zwischen Ost und West, prekären und Kernbelegschaften, Erwerbslosen und Beschäftigten, zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, verschiedenen Geschlechts, mit und ohne Behinderung

Wir fragen euch:

- Wie verbinden wir über die Spaltung von Klassen hinweg und spielen nicht die einen gegen die anderen (Gruppen, Milieus, Beschäftigtengruppen) aus?
- Welche Kämpfe lassen sich in den Vordergrund stellen, in denen reale und symbolische Gemeinsamkeiten deutlich werden - ist z.B. die Auseinandersetzung um bezahlbares Wohnen eine solche?
- Wie kann es gelingen, gemeinsam Ziele zu erreichen und Erfolge zu organisieren, die einen Unterschied im Leben machen? Womit habt ihr gute Erfahrungen gemacht (oder schlechte)?

Die Parteigründung der LINKEN war einer der wenigen Momente in der linken Geschichte, der nicht durch Spaltung, sondern durch Zusammenkommen verschiedener Traditionslinien und linker Perspektiven bestimmt war. Die Vielstimmigkeit war für uns immer eine Herausforderung und sie ist zugleich unsere Stärke und unser Stolz – als demokratische Sozialist*innen.

Vor dem Hintergrund von „Agenda 2010“ und Wirtschaftskrise hatten wir schnelle Wahlerfolge und versuchten beim Aufbau von Basis und Organisation mitzuhalten. In den letzten Jahren haben wir uns breiter aufgestellt und in neuen Bereichen verankert: mit organisierenden Projekten in einkommensarmen Nachbarschaften, mit Jobcenter-Gesprächsoffensiven, mit verstärkter Ansprache von Beschäftigten im Niedriglohn, z.B. in der Pflege. Wir haben DIE LINKE als aktive, eingreifende Mitgliederpartei weiterentwickelt und sind heute auch eine „Partei in Bewegung“.

Doch zu selten gelingt es uns, neuen Mitgliedern längerfristig ein politisches Zuhause zu geben. Wir sind gewachsen und wir sind geschrumpft. Der Osten hat eine andere linke Kultur als der Westen. Die Provinz tickt anders als die Großstadt. Wir haben viele junge Mitglieder gewinnen können und haben zugleich auch alte verloren. Ein linker Stadtverband steht oftmals vor anderen Herausforderungen als ein linker Kreisverband im ländlichen Raum. Wir sollten die Reichhaltigkeit unserer Erfahrungen und Hintergründe wieder mehr als Stärke linker Politik und der LINKEN erkennen.

Wir fragen euch:

- Wie können wir beides sein: plural und mit klarem Profil? Wo seht ihr Probleme?
- Was schlägt ihr vor für die Verankerung und Stärkung der Partei?
- Mit welchen Ansätzen und Projekten habt ihr gute (oder schlechte) Erfahrungen gemacht, was zieht ihr für Schlussfolgerungen daraus? Gibt es etwas aus eurer Praxis, von dem andere lernen könnten?
- Wie kann das Parteileben mehr Spaß am Widerstand vermitteln – auch wenn die Sache ernst ist –, wie hättet ihr eure LINKE gern? Wie sehen Versammlungen, Sitzungen, Parteitage aus, an denen ihr gerne teilnehmt? Was würdet ihr gern ausprobieren?

Wir laden euch deshalb ein, die aufgeworfenen Fragen in eurer Parteibasis bzw. mit anderen Interessierten zu diskutieren und eure Überlegungen bzw. Ideen aufzuschreiben und sie uns bis zum 10. Januar 2020 an die Adresse strategiedebatte@die-linke.de zu schicken (bitte maximal 10.000 Zeichen, keine PDF-Datei). Gemeinsam wollen wir die verschiedenen strategischen Überlegungen diskutieren – vor Ort in den Kreisverbänden und auf einer **Strategiekonferenz am 29. Februar und 1. März 2020 in Kassel**, die konkrete Anregungen für den nächsten Parteitag geben kann. Dabei wollen wir auf die Ansätze und Themen der vergangenen Jahre zurückblicken – und den Blick nach vorn wenden. Schließlich haben wir alle zusammen die Pflicht, gesellschaftlich wirkungsmächtiger zu werden.

UNTERZEICHNET VON KATJA KIPPING, BERND RIEKINGER,
JÖRG SCHINDLER UND HARALD WOLF

nissen eine nach vorn gerichtete strategiedebatte

Es ist viel, was nach den verlorenen Kommunal- und Landtagswahlen auf uns einströmt. Nun richtet sich der Blick des Kreisverbandes der LINKEN auf den Landesparteitag vom 15. bis zum 17. November in Dresden. Dort wird ein neuer Vorstand gewählt und der Leitantrag (erster Entwurf auf den Seiten 4- bis 6-) debattiert und verabschiedet. Nach den Worten der Landesvorsitzenden Antje Feiks muss der neue Landesvorstand schnellstens die grundsätzliche Strukturdebatte führen, denn der Landespartei werden künftig 180.000 Euro fehlen. Parallel hat der Parteivorstand eine „Strategiedebatte 2020“ angeschoben (Einladung zur Teilnahme nebenstehend).

Der Kreisvorstand wird am 30. Oktober den Landesparteitag auswerten und die Weichen für den am 23. November stattfindenden Kreisparteitag stellen. Dort wird auch ein neuer Kreisvorstand gewählt. Wir berichten auf dieser Seite über die erste Auswertung der Wahlen im Ortsverband Freiberg und ein neues Gesicht im Kreisverband.



Der am 1. September neu gewählte sächsische Landtag hat seine Arbeit aufgenommen. Im Bild die 14 gewählten Abgeordneten der LINKEN, in der vorhergehenden Wahlperiode waren es noch 27. **LUISE NEUHAUS-WARTENBERG** (3. Reihe, rechts) wurde zur Vizepräsidentin gewählt. Bereits am 17. September wählte die Fraktion ihre neue Spitze, vorerst für ein Jahr. Im Bild vorn der wiedergewählte Fraktionschef **RICCO GEBHARDT**, die Parlamentarische Geschäftsführerin **SARAH BUDEBERG** (2. Reihe, rechts) und die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (2. Reihe, links) und **SUSANNE SCHAPER** (3. Reihe, mitte).

das neue gesicht im kreisverband



KATI VOIGT wird am 1. November als Mitarbeiterin der Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten der LINKEN, **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, im Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1a, ihre Arbeit aufnehmen. Wir haben uns bereits im Vorab mit ihr getroffen. Nebenstehend unser kurzer Bericht.

der ortsvorstand freiberg von **ACHIM GRUNKE**, Ortsvorsitzender

Im Ortsverband Freiberg der LINKEN sind Mitglieder der Stadt Freiberg sowie der umliegenden Gemeinden aus dem bis 1994 existierenden Landkreis Freiberg organisiert. Dazu gehören heute: die Stadt Großschirma, die Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf, die Gemeinde Halsbrücke, die Gemeinde Oberschöna und die Gemeinde Reinsberg. Auch unser Ortsverband musste Mitgliederschwund verzeichnen und zählt gegenwärtig noch 95 Mitglieder (nur zum Vergleich: in dem bis 1994 in diesem Gebiet existierenden PDS-Kreisverband waren noch ca. Eintausend Mitglieder registriert).

Es war in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen, den Verlust durch das Ableben älterer Mitglieder durch die Gewinnung von Neumitgliedern zu kompensieren. Ein Problem dabei: junge Leute waren immer weniger zu halten und zogen dann dort hin, wo Arbeitsplätze waren.

In unseren Mitgliederversammlungen im Juni und im September haben wir uns mit den für uns wenig erfreulichen Ergebnissen zu den Kommunal- und Europawahlen bzw. der Landtagswahl befasst. Bei der Kommunalwahl haben wir in der Stadt Freiberg 2 Mandate verloren (von bisher 7 auf 5). In den umliegenden Gemeinden sind wir in Großschirma nicht mehr vertreten und ein Mandat haben wir in Halsbrücke verloren.

Wir haben feststellen müssen, dass sich insgesamt die Alterstruktur der Mitgliedschaft ungünstig entwickelt hat und dadurch die politische Mobilisierungsfähigkeit der Partei vermindert.

Mit großer Sorge haben wir aber die Ergebnisse der Europawahl und das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl zur Kenntnis nehmen müssen. Dazu haben wir zunächst die Wahlergebnisse seit 1990 bis 2019 bei Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in

Sachsen unter die Lupe genommen und feststellen müssen, dass es schon nach 2004 einen Abwärtstrend gab. Das hätte Anlass sein müssen zu einer selbstkritischen Bestandsaufnahme im Landesverband, auch durch Hinzuziehen externer Einschätzungen, denn Selbsteinschätzungen leiden doch auch unter einem verzerrtem Selbstbild.

Bezogen auf die Landtagswahl (aber auch Europawahl) wurde die Meinung geäußert, dass die Botschaften der LINKEN die Wählerschaft nicht mehr erreichen, der Schwerpunkt würde auf eine linksalternative Großstadtklientel gerichtet. Es stand die Frage im Raum, ob wir den vielzitierten ländlichen Raum schon verloren haben.

Die Sprache der Botschaften, Papiere und Programme der Partei komme manchmal zu schwerfällig und akademisch daher. Es entsteht mitunter der Eindruck, als sei eine gendgerechte Sprache wichtiger als richtige Inhalte.

Von vielen wurde geäußert (und auch an den Infoständen registriert), dass das Festhalten an einer undifferenzierten Losung nach „offenen Grenzen für alle“ auf dem Leipziger Parteitag 2018 uns sehr viele Wählerstimmen gekostet hat. Außerdem war das Bild an der Spitze der Partei und die Angriffe aus der Partei auf Sahra Wagenknecht verheerend.

Die Strategie und Programmatik der Partei gehöre auf den Prüfstand: wen wollen wir erreichen, welche Schichten gehören zu unserer sozialen Basis.

Festgestellt wurde auch, dass die Verankerung der Partei in Teilen der Zivilgesellschaft verloren gegangen ist (was wohl auch mit der Alters- und Sozialstruktur der Mitglieder zu tun hat). Es gab auch die Frage: Haben wir das richtige Führungspersonal, das – außerhalb der Partei – bei der Bevölkerung auch Anerkennung findet.

von **HANS WEISKE**

Getroffen haben wir uns mit Kati Voigt an einem fast schon historisch zu nennenden Ort: in Leipzig-Connewitz, im Bürgerbüro von Jule Nagel. Genau dort, wo man weiß, wie Direktmandate für DIE LINKE gewonnen werden.

Leipzig ist seit mehr als zwei Jahren die neue Heimat der alleinerziehenden Mutter und ihrer fünfjährigen Tochter. Hier arbeitet sie noch bis Ende Oktober als Kindergärtnerin in einem Montessori-Kindergarten, ehe sie ihren neuen Job in Döbeln antritt, auf den sie sich nach eigenen Worten sehr freut.

Geboren, groß geworden und ihre Spuren in der soziokulturellen, Jugend- und Migrationsarbeit verdient hat sich Kati Voigt in Döbeln. Denn nach ihrem Studium zur Diplom-Sozialpädagogin an der Außenstelle der Fachhochschule Mittweida in Roßwein (damals war das dort noch möglich)

war sie von 2009 bis 2014 im Döbelner „Treibhaus“ tätig. Ein nicht einfacher Job, waren doch zu dieser Zeit die Nazis in der Stadt ungemein aktiv. Das „Treibhaus“ und seine Betreiber waren ihnen ein Dorn im Auge. Aber Kati Voigt ließ sich nicht schrecken.

Eigentlich hätte sie ihre neue Tätigkeit schon eher aufnehmen sollen. Aber ihr geht es um eine ordentliche Übergabe und deshalb kommt sie erst im November mit viel Energie, wie sie selbst sagt, an ihren neuen Arbeitsplatz.

Natürlich wird die Tätigkeit als „Mitarbeiterin der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag“ für sie etwas völlig Neues sein. Aber sie hat Ehrgeiz und Elan und will sich schnell einarbeiten. Mit am Anfang ihrer „Bedarfsplanung“ steht eine große Landkarte des Landkreises Mittelsachsen für ihr Arbeitszimmer. „Man muss ja schließlich wissen, wo man in Mittelsachsen überall Politik machen kann und muss.“

transformation zu einer sozialökologischen (nach)kapitalistischen gesellschaft?

von ACHIM GRUNKE

Die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft kennt keinen Stillstand, sondern ist durch fortwährende Veränderungen gekennzeichnet. So geschah es in der Vergangenheit und wird auch in der Zukunft so sein. Diese Entwicklung vollzieht sich anhaltend als evolutionärer sozialer Wandel, zuweilen unterbrochen durch soziale Revolutionen, die einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit und tiefgreifende Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse zum Ziel hatten. So gesehen waren Revolutionen so etwas wie Höhepunkte im Geschichtsverlauf, während sich allgemein der Fortgang der Geschichte evolutionär vollzog. Während soziale Revolutionen eher die Ausnahme und einen spezifischen Fall im Geschichtsverlauf darstellten, vollzogen sich die meisten einschneidenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse aber in Form von gesellschaftlichen Transformationen. Unter „Transformation“ wird hier ein Prozess gesellschaftlichen Wandels mit tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen verstanden, in dem Konflikte und gesellschaftliche Kämpfe ausgetragen werden, auch Revolution und Gegenrevolution aufeinander stoßen, bis sich die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse etabliert, gefestigt und institutionalisiert haben. Der Begriff „Transformation“ geht auf den sozialistisch orientierten österreichischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Karl Polanyi (1886-1964) in dem 1944 veröffentlichten Buch „The Great Transformation“ zurück (mehr hierzu in: Michael Brie, Polanyi neu entdecken, VSA Verlag 2015). Als Beispiele für unterschiedliche Typen von Transformationen von Gesellschaften werden genannt (Rolf Reißig, Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Betrachtung, Schüren Verlag 2019):

- die „Große Transformation“ der Neuzeit, die sich zwischen dem 16. und dem 19. Jahrhundert vollzieht und die kapitalistisch-industrielle Produktionsweise hervorbringt;
- die Staatssozialistische Transformation im 20. Jahrhundert, ausgehend von der russischen Oktoberrevolution 1917;
- die „New Deal“-Transformation hin zu einem sozial orientierten wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus (beginnend in den USA, Skandinavien und Großbritannien);
- die Postkoloniale Transformation in Ländern Afrikas und Asiens in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts;
- die Marktliberale Transformation des Kapitalismus seit Mitte der 1970er Jahre;
- die Postsozialistische Transformation nach 1989/90 (ehemals sozialistische Länder und Länder mit sozialistischer Orientierung in der „Dritten Welt“);
- die Transformation Chinas hin zu einem besonderen Typ des Staatskapitalismus unter Führung einer Kommunistischen Partei.

„große transformation“ im 21. jahrhundert

Vieles deutet gegenwärtig darauf hin, dass die Menschheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einem Epochenbruch steht. Das seit den 1970er/80er Jahren dominierende marktliberale Modell des Kapitalismus beginnt zu erodieren und verliert zunehmend die Fähigkeit, die innere Stabilität der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die Beteuerungen des Neoliberalismus, der bessere Problemlöser in Zeiten

der Globalisierung zu sein, wurden insbesondere durch die Finanzmarktkrise 2007/2008 widerlegt. Viele sagen: Ein weiter so darf es nicht geben. Die Entwicklung hin zu einem neuen Ordnungs- und Steuerungsmodell oder zu einer gesellschaftlichen Alternative geschieht aber nicht zwangsläufig von selbst. Hier ist das aktive Handeln gesellschaftlicher Akteure gefragt (die Eliten der Gesellschaft, soziale Bewegungen, politische Parteien, Kirchen etc.).

Gegenwärtig stehen sich zwei grundlegende Entwicklungsmöglichkeiten gegenüber. (1) Ein Festhalten am marktliberalen Modell, was aber verschiedene Anpassungs- und Veränderungsszenarien und Modifikationen einschließen kann und längerfristig auch zu neuen systemspezifischen Regulations- und Entwicklungsvarianten führen kann. (2) Die Möglichkeit der Herausbildung eines neuen sozialökologischen Ordnungs- und Steuerungsmodells in unterschiedlicher Ausprägung. Es sind vor allem folgende Konfliktfelder, die zu einer neuen „Großen Transformation“ im 21. Jahrhundert herausfordern (Rolf Reißig, Transformation von Gesellschaften...).

Erstens: Die Entwicklungsdynamik moderner bürgerlicher Gesellschaften beruht seit langem auf einem ungebremsten und die Natur (Boden, Landschaft, Wasser, Meere) zerstörenden Ressourcenverbrauch, verbunden mit einem permanent sich vollziehenden Klimawandel (Erwärmung der Erdatmosphäre und Zerstörung der Ökosysteme) und herannahenden Klimakatastrophen. Der Club of Rome geht in seinem 2012 erstellten Bericht „2052. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre“ davon aus, dass bei einem „Weiter so“ zu befürchten ist, dass (spätestens) Mitte dieses Jahrhunderts es zu Klimakrisen und Klimakatastrophen sowie zu sozialen Verwerfungen kommen wird. Deshalb wird der globale ökologische Umbau zur wichtigsten Aufgabe der Zukunftssicherung. Die entwickelten kapitalistischen Industrieländer als Hauptquelle der ökologischen Krisensituation müssen bei diesem Umbau, auch im eigenen Interesse, vorangehen.

Zweitens: Zu den großen Konfliktfeldern des marktliberalen Kapitalismus gehört die Verstärkung der sozialen Gegensätze, die Herausbildung einer Gesellschaft des Überflusses bei gleichzeitiger ungeheurer Vertiefung der sozialen Ungleichheiten und Spaltungen global, national, regional (mehr dazu in: Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, C.H.Beck München 2014). Die enorm gewachsene soziale Ungleichheit bringt Millionen Menschen in soziale Not, nimmt ihnen die Hoffnung auf ein besseres Leben, reißt tiefe Gräben in die Gesellschaften, bringt ihre innere Stabilität ins Wanken und gefährdet den ökologischen Umbau.

Drittens: Wie die Entwicklung der Produktivkräfte schon immer ein treibender Faktor in der gesellschaftlichen Entwicklung war, so werden tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Lebenswelt auch mit der „Digitalen Revolution“ zu erwarten sein. In Debatten zu diesem Thema wird die Frage aufgeworfen, ob diese „Industrielle Revolution 4.0“ an die Grenzen des kapitalistischen Systems führe oder diese eher eine Quelle privater Machtkonzentration sei und das System stabilisieren würde.

Unter den gegebenen Verhältnissen würde Digitalisierung polarisierend wirken. Es werde wohl wenige extreme Hochverdiener und viele Geringverdiener geben. Die Digitalisierung führt auch nicht aus sich selbst heraus zu einem sozial-ökologischen oder gar postkapitalistischen Entwicklungsweg. Ohne politisch eingreifende Regulierung,

ohne vorgegebene soziale und ökologische Standards und Regeln (Einkommensgerechtigkeit, Umverteilung von Arbeit, soziale Abfederung, Mitbestimmungsrechte) würde die Digitalisierung die Entwicklungen von Machtkonzentration und Ungleichheit im Kapitalismus nur noch befördern.

Viertens: Mit der Entwicklung des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert hatte sich, auch durch politische Forderungen der Arbeiterbewegung, die liberale Demokratie entwickelt. Kapitalismus und Demokratie bildeten seither ein sich bedingendes und zugleich widersprechendes Beziehungsgeflecht.

Aber seit geraumer Zeit findet eine „Entkopplung“ von Kapitalismus und Demokratie statt, hervorgerufen durch den im Zuge des Neoliberalismus geschehenen marktradikalen Umwandlungsprozess der letzten Jahrzehnte. Die wachsende Dominanz der Finanzmärkte führte zu einer Aushöhlung der Demokratie, zum Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten und zur Einschränkung demokratischer Teilhabe. So wundert es nicht, dass die westlichen Demokratien zunehmend ein Glaubwürdigkeitsproblem haben. Zudem zerstören die wachsende Ungleichheit und soziale Unsicherheit nicht nur den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern untergraben zugleich die politischen Teilhabechancen der Bürger.

Auf diesem Boden verstärken sich seit Jahren die Tendenzen zu einem autoritären Populismus, der seine soziale Basis in einem Bündnis von Teilen der nationalen Eliten und größeren Gruppen der der Unter- und Mittelschichten findet. Über diese gefährvolle Entwicklung, die Erosion der Demokratie und den Aufschwung nationalistisch-populistischer Kräfte und Bewegungen, zeigte sich auch die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright beunruhigt und warnte vor „neuen Formen des Faschismus“ (Berliner Zeitung vom 17. Juli 2018).

Fünftens: Die beschleunigt um sich greifende marktliberale Globalisierung hat den nationalstaatlich basierten Sozialstaat in den westlichen Industrieländern geschwächt und zugleich Vielzahl von Ländern und Regionen in eine tiefe Krise gestürzt und damit die weltweiten Ungleichheiten vertieft, zunehmend Anarchie und Kriege, Flüchtlingsströme und internationalen Terrorismus befördert und so die Wege zu einer neuen kooperativen Weltordnung blockiert.

Selbst die EU, die bislang international als anziehendes Kooperations- und Friedensprojekt galt, ist durch neue wirtschaftliche Ungleichgewichte, soziale Spaltungen und politische Konflikte gekennzeichnet und als historisches Projekt gefährdet. Anstatt Vertiefung der Integration geht es gegenwärtig darum, ihren Zerfall zu verhindern. Ohne demokratische Regulierung und Überwindung der Dominanz des Finanzmarktkapitalismus wird eine soziale und ökologische Transformation nicht möglich sein.

Die alles entscheidende Frage ist deshalb die Änderung der grundlegenden gesellschaftlichen Entwicklungslogik, denn die Fortsetzung der bisherigen nicht-nachhaltigen Entwicklung (einschließlich des gegenwärtig vorherrschenden Wachstumsmodells) verschärft die ökologischen Probleme, vertieft die sozialen Ungleichheiten und damit die gesellschaftlichen Konflikte und könnte schließlich in akute Selbstgefährdungen der westlichen Demokratien umschlagen. Eine neue „Große Transformation“ steht auf der Agenda, die tiefgreifende historische Wandlungen technologisch-ökonomischer, politisch-institutioneller, sozialer und kultureller Art bedeuten würde.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kommt erst am 30. Oktober zu seiner nächsten Beratung zusammen. Dann geht es vor allem um den Blick auf die Vorbereitung des Landesparteitages vom 15. bis 17. November in Dresden und die Vorbereitung des Kreisparteitages am 23. November in Flöha. Wir berichten in unserer November-Ausgabe.

Der **kreisliche Wahlstab** unter Leitung von Sabine Pester kam am 23. September zu seiner abschließenden Beratung zusammen. Die insgesamt geleistete Arbeit und das Engagement vieler Genossinnen und Genossen in den Ortsverbänden wurde durch das erschreckend schwache Wahlergebnis getrübt. Hervorgehoben wurde das Engagement der fünf DirektkandidatInnen. Besonders gut angekommen ist die „Ein Wort vor Ort Tour“ von Jana Pinka. Das alles hat sich leider nicht in den Erststimmen-Anteilen widerspiegelt. Die Verteilung der Materialien und die Plakatierung im Kreis haben insgesamt gut funktioniert.

Sabine Pester wertete die Beratung des Landes-Wahlstabes aus. Dem von dieser Beratung angefertigten Protokoll ist zu entnehmen, dass fast die Hälfte der Kreisverbände es nicht für nötig erachtete, teilzunehmen. Lobend wurden vor allem die Touren (Bahnhofstour, Dorfladentour, Schwester Agnes Tour), die Marktplatzgespräche und die Personenplakate erwähnt. Kritik gab es vor allem an der „lieblos gestalteten“ Landes-Wahlzeitung und an den „verunsilbten“ Themenplakaten. Der Schatzmeister Hans Weiske informierte darüber, dass gegenüber der ursprünglichen Planung der Geldmittel in der Schlussphase des Wahlkampfes zusätzliche Mittel bereitgestellt werden mussten, Das kann aus den Rücklagen ausgeglichen werden.

in eigener sache

Nachdem wir in unserer August-Nummer **SABINE LAUTERBACH** und im September **KERSTIN UFER** aus den bekannten Gründen aus unseren Reihen verabschieden mussten, ist unser Redaktionskollektiv weiter im Umbruch. Inzwischen hat uns auch **MICHAEL MATTHES** verlassen (siehe dazu Seite -3-). Neu in der Redaktion ist **GOTTFRIED JUBELT** (siehe dazu Seite -6-). Am 1. November nimmt **KATI VOIGT** (siehe dazu Seite -9-) ihre Arbeit als Mitarbeiterin unserer Landtagsabgeordneten **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** im Bürgerbüro Döbeln ihre Arbeit auf und wird unsere Redaktion verstärken.

Das Bürgerbüro Mittweida (zuletzt getragen von der Landtagsabgeordneten **ANTJE FEIKS** als Nachrückerin des ehemaligen Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten **FALK NEUBERT**) wird geschlossen. Wie es insgesamt mit den Strukturen im Landesverband Sachsen unter schlechteren Bedingungen weitergeht, dazu wird der im November zu wählende neue Landesvorstand eine grundsätzliche Strukturdebatte führen.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im november 2019 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

EDELGARD ZIEGLER	geb. am 02.11.1949,	in	Freiberg
JUTTA TEICHMANN	geb. am 06.11.1931,	in	Burgstädt
LYDIA RAPPRICH	geb. am 09.11.1924,	in	Brand-Erbisdorf
BRIGITTE SEIFERT	geb. am 10.11.1935,	in	Brand-Erbisdorf
MAGDALENA SCHULZE	geb. am 12.11.1928,	in	Hainichen
ERHARD KÖHN	geb. am 13.11.1936,	in	Zettlitz
SONJA KLUSKA	geb. am 18.11.1928,	in	Waldheim
CHRISTA AUERBACH	geb. am 19.11.1935,	in	Niederwiesa
UWE GÜRGENS	geb. am 22.11.1959,	in	Halsbrücke
GERTRAUD DIETEL	geb. am 25.11.1935,	in	Döbeln
HANS BLUM	geb. am 28.11.1933,	in	Seelitz

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es einfach umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden wollen, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

jahrestage im november 2019

- 15.11. 1879** Beginn des Berliner Antisemitismusstreits
- 01.11. 1919:** Erlass des preußischen Innenministers Wolfgang Heine (SPD) zur Duldung jüdischer Flüchtlinge aus Osteuropa.
- 09.11. 1919:** Werner Eberlein, deutscher Kommunist, geboren.
- 07.11. 1919:** Hugo Haase (USPD) stirbt an den Folgen eines Attentats.
- 18.11. 1919:** Hindenburg bringt die „Dolchstoßlegende“ in Umlauf, wonach der Krieg angeblich nicht an der Front, sondern wegen der revolutionären Unruhen in der Heimat verloren worden wäre.
- 20. - 26.11. 1919:** Gründungskongress der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) in Berlin.
- 08.11. 1939:** Gescheitertes Sprengstoffattentat Georg Elzers auf Hitler im Münchner Hofbräukeller.
- 30.11. 1939:** Beginn des sowjetisch-finnischen Krieges (bis 12.03. 1940).
- 22.11. 1949:** Petersberger Abkommen zwischen den Hohen Kommissaren der Westmächte und dem Bundeskanzler.
- 20.11. 1959:** Die UNO-Vollversammlung in New York beschließt die „Erklärung der Rechte des Kindes“.
- 25.11. 1959:** Die SPD beschließt das „Godesberger Programm“, in dem sie sich vom Marxismus löst.
- 04.11. 1989:** Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz mit ca. 500.000 Teilnehmern.
- 09.11. 1989:** Öffnung der Grenzübergänge nach West-Berlin und in die Bundesrepublik.
- 12.11. 1989:** Dolores Ibarurri Gomez, Vorsitzende der KP Spaniens, verstorben.
- 18.11. 1989:** Bestätigung der Regierung Modrow durch die Volkskammer.
- 26.11. 1989:** Namhafte Intellektuelle und Reformer (u.a. Stefan Heym und Christa Wolf) treten im Aufruf „Für unser Land“ dafür ein, die Eigenständigkeit der DDR zu bewahren.
- 10.11. 1994:** Stefan Heym (parteilos für die PDS) eröffnet als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag.
- 30.11. 1999:** In der CDU-Finanzaffäre gesteht Helmut Kohl ein, Spenden in schwarze Kassen gelenkt zu haben.

terminübersicht

oktober 2019:

30.10. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34

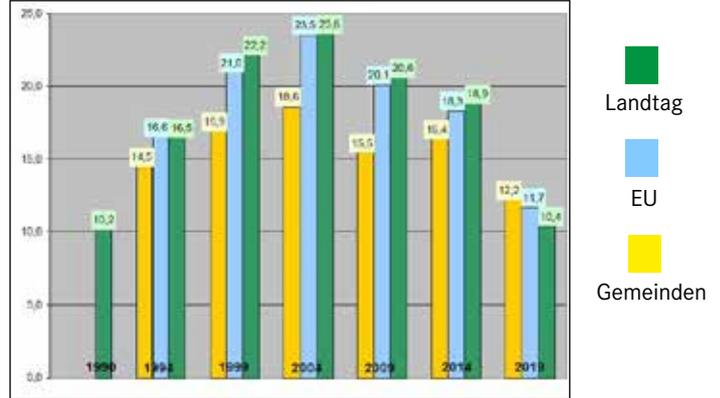
november 2019:

02.11. 10:30 Uhr LINKER Kommunalkongress 2019
Nachbarschaftshaus Gostenhof,
Adam-Klein-Straße 6, Nürnberg

15. - 17. 11. 2. Tagung des 15. Landesparteitages
Messe Dresden

23.11. 09:30 Uhr **Kreisparteitag**
„Alte Baumwolle“ Flöha

Wahlergebnisse für die PDS/DIE LINKE in Sachsen



(K)eine automatische Revolution 7. Dezember 2019
Konferenz zu Digitalisierung und sozialer Gerechtigkeit

russland 2019 - abseits der touristenströme

Von HANS WEISKE

Vom 2. bis 10. Oktober erfüllte ich mir einen langgehegten Traum: Ich begab mich neun Tage völlig auf eigene Faust auf „Abenteuerfahrt“ in das Herz von Russland: nach Moskau und St. Petersburg, den beiden ehemaligen Residenzen der russischen Zaren. Kein Problem, habe ich doch früher mehrere Jahre meines Lebens in der Sowjetunion bzw. in Russland verbracht und beherrsche die russische Sprache recht ordentlich. Erfüllung eines Traums deshalb, da ich seit 18 Jahren - damit seit fast einer Generation - nicht mehr dort war.

Eigentlich ist die Überschrift nicht ganz exakt: Wenn du dich nämlich ganz privat von Moskau aus in die Städte des so genannten Goldenen Ringes nach Sergijew Passad (früher Sagorsk), Wladimir und Susdal oder von St. Petersburg aus nach Petrodworez (heißt jetzt wieder Peterhof) oder Puschkin aufmachst, musst du auch noch Anfang Oktober (ich habe in Susdal den ersten Schneeregen dieses Herbstes „durchgemacht“) mit wahren Touristenströmen leben. Gefühlte 75 Prozent davon sind Chinesen mit für mich teilweise unverständlichen Manieren. Deutschen Touristen bin ich nur ganz wenigen begegnet. Auch die zum Teil geharnischten Eintrittspreise musst du wie ein „normaler“ ausländischer Tourist verkraften. Dafür sind die Metro (sowohl in Moskau, als auch in St. Petersburg), die Busse und auch die Elektrischkas (die Vorortzüge) unschlagbar günstig.

Meine Reise führte mich von Dresden mit der Aeroflot nach Moskau. Nach fünf Tage ging es von dort mit dem von Siemens gelieferten russischen Hochgeschwindigkeitszug „Sapsan“ („Wanderfalke“) nach St. Petersburg und von dort (eine direkte Flugverbindung nach Dresden gibt es nicht) nach Berlin-Schönefeld. Alles lief wie am Schnürchen, außer die Rückfahrt per Bahn von Elsterwerda nach Chemnitz, die mir wegen ausfallendem Schienenersatzverkehr zwei Stunden nächtliche Wartezeit am Bahnhof Döbeln einbrachte.

Ich werde in den nächsten LinksWorten in lockerer Folge über das alten und neue Russland erzählen.



Jetzt anmelden:
www.die-linke.de/messenger

aktuelle Infos von der LINKEN direkt auf das Smartphone

Für den Messenger-Dienst bei „Telegram“ anmelden unter:

t.me/die_linke

Dazu muss nur der „Telegram“-Messenger auf das Smartphone geladen werden



2. Tagung des 15. Landesparteitages

**15. bis 17. November 2019
Messe Dresden**

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

Heinz Birkner
Fritz Greif
Werner Teichmann

in Döbeln
in Erlau
in Burgstädt

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.